



Landkreis
Rotenburg

(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 07.03.2024

in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzende Abg. Thea Tomforde

Landrat Marco Prietz

Abg. Robert Abel

Abg. Claus Aselmann

Abg. Willi Bargfrede

Abg. Nils Bassen

Abg. Melanie Blank

Abg. Jürgen Blanken

Abg. Doris Brandt

Abg. Patrick Brinkmann

Abg. Nico Burfeind

Abg. Reinhard Bussenius

Abg. Henning Cordes

Abg. Elisabeth Dembowski

Abg. Erich Gajdzik

Abg. Wolfgang Harling

Abg. Marvin Heinrich

Abg. Ina Helwig

Abg. Eike Hendrik Holsten

Abg. Michaela Holsten

Frau Sabine Holsten

ab TOP 7

Abg. Marie-Thérèse Kaiser

Abg. Franziska Kettenburg

Abg. Stefan Klingbeil

Abg. Tobias Koch

Abg. Marco Körner

Abg. Hans-Jürgen Krahn

Abg. Detlef Kück

Abg. Volker Kullik

Abg. Reinhard Lindenberg

Abg. Uwe Lüttjohann

ab TOP 6

Abg. Dr. Marco Mohrmann

Abg. Susanne Mrugalla

ab TOP 4

Abg. Knut Nagel

Abg. Tam Ofori-Thomas

Abg. Bernd Petersen
Abg. Joy Rosenberg
Abg. Wiebke Scheidl
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Erika Schmidt
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Reinhard Trau
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh
Abg. Christian Winsemann
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Norbert Wolf

bis TOP 17

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Herr Marco Groth (Amt 10)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Ernst Behrens
Abg. Klaus Brodersen
Abg. Thomas Busch
Abg. Harald Hauschild
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Lars Rosebrock
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 20.12.2023
- 4** Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6** Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Hans-Jürgen Schnellrieder hier: Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0644
- 7** Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0645
- 8** Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2021-26/0620
- 9** Antrag der CDU/FPD/WFB(BLZG)/FW-Gruppe vom 11.12.2023; hier: Täterberatungseinrichtung für Häusliche Gewalt im Landkreis Rotenburg
Vorlage: 2021-26/0626
- 10** Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 2021-26/0630
- 11** Migration/Integration im Landkreis Rotenburg (Wümme); Strategische Schwerpunktsetzung des Integrationskonzeptes
Vorlage: 2021-26/0623
- 12** Verordnung über das Naturschutzgebiet „Elmer Berg und Ostewiesen“
Vorlage: 2021-26/0632
- 13** Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Granstedter Wald“
Vorlage: 2021-26/0631
- 14** Aufhebung der Landschaftsschutzgebiete (LSG) „Ostetal“, „Wümmeniederung von der Amtsbrücke Rotenburg aufwärts bis an die Wümmebrücke vor dem Dorfe Wümme“, „Wümmeniederung unterhalb der Stadt Rotenburg (Wümme)“, „Hastedter Schnuckenheide“, „Vareler Wacholdergebiet“ und „Untere Rodau- und Wiedauniederung“
Vorlage: 2021-26/0635
- 15** Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Untere Bade und Geest“
Vorlage: 2021-26/0633
- 16** Anfragen
- 17** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzende Tomforde eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr. Sie begrüßt die Abgeordneten, die Zuhörer im Sitzungssaal und im Livestream, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abgeordneten Ernst Behrens, Klaus Brodersen, Thomas Busch, Harald Hauschild, Stefan Imbusch, Ingolf Lienau und Lars Rosebrock fehlen entschuldigt. Die Abgeordneten Susanne Mrugalla und Uwe Lüttjohann kommen später.

Kreistagsvorsitzende Tomforde stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Kreistagsvorsitzende Tomforde erklärt, der Tagesordnungspunkt 11 „*Erhebung von Standgebühren für die Regionale Ausbildungsbörse (RAB)*“ werde von der Tagesordnung gestrichen.

Kreistagsvorsitzende Tomforde weist auf die ergänzte Sitzungsvorlage zum Tagesordnungspunkt 8 „*Besetzung von Ausschüssen und Gremien*“ hin.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 20.12.2023**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 20.12.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 20.12.2023 sei der Kreisausschuss am 30.01. und 29.02.2024 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Für die Teilnahme an der Regionalen Ausbildungsbörse (RAB) wird entsprechend des in der Anlage beigefügten Tarifs eine Standgebühr erhoben.
(Hinweis: Die Standgebühr beträgt 350,00 €. Darin inbegriffen sind folgende Leistungen: Direkte Leistungen: Ausstellerplatz 2 x 2,5 m in der BBS Zeven inklusive Tisch, Bestuhlung und Strom. Indirekte Leistungen: Pressearbeit, Social Media, Messebroschüre mit Ausstellerverzeichnis und Messe-Plakate).
Die Angelegenheit sei auch bereits in öffentlicher Sitzung im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit beraten worden. Der Kreistag sei hierfür nicht zuständig, weil die in der Hauptsatzung des Landkreises festgelegte Wertgrenze für die Festlegung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte von mehr als 100.000 € nicht erreicht werde. Deshalb habe der Kreisausschuss in der Sache bereits abschließend entscheiden können.
2. Der Annahme von Zuwendungen für das Frauenhaus in Höhe von insgesamt 6.365,42 € wird zugestimmt (insgesamt 8 Einzelspenden zwischen 250,00 € und 2.000,00 €).

Abg. Mrugalla nimmt ab 9.05 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

1. Im Dezember 2023 sei das Kreishaus in Rotenburg zusammen mit dem Amtshofpark in das Verzeichnis der Kulturdenkmale eingetragen worden. Entschieden habe dies das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege auf Grundlage der Bedeutung für die Landesgeschichte, des bau- und kunstgeschichtlichen Zeugniswertes, als Dokument für die politische Geschichte der Zeit des Kalten Krieges, als ein bedeutendes Werk der Architekten Ingeborg & Friedrich Spengelin sowie der künstlerischen Bedeutung durch die qualitätsvolle Innenraumgestaltung und die Sammlung zeitgenössischer Kunstwerke. Hinzu komme die städtebauliche Bedeutung durch die prägende Wirkung auf das Landschaftsbild der Wümmeniederung. Der 1989 errichtete Erweiterungsbau sei hingegen nicht Teil des Kulturdenkmals. Hierzu werde es auch noch einen Pressetermin geben.
2. Die EWE NETZ GmbH habe mitgeteilt, dass die EWE-Stiftung den Kompositionsauftrag der Bremervörder Stadtkapelle an den Komponisten Jacob de Haan mit einem Betrag von 3.000 € unterstützen werde. Die Uraufführung der Komposition finde bei einem Galakonzert am Sonnabend, 09.03.2024, im Stadeum in Stade statt.
3. Der Haushalt 2024 sei am 08.02.2024 vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ohne Einschränkungen und Auflagen genehmigt worden. Das Genehmigungsschreiben werde dem Protokoll beigefügt.
Der Haushaltsplan könne nach der am 15. Februar 2024 erfolgten Veröffentlichung im elektronischen Amtsblatt und der öffentlichen Auslegung seit dem 27. Februar 2024 voll ausgeführt werden. Der Haushaltsplan 2024 stehe auch online auf der Homepage des Landkreises zur Einsichtnahme oder zum Download zur Verfügung.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Hans-Jürgen Schnellrieder hier: Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0644

Landrat Prietz bedankt sich beim Abgeordneten Schnellrieder für die geleistete Arbeit im Kreistag und den Ausschüssen und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Herr Schnellrieder wird mit einem Blumenstrauß verabschiedet.

Beschluss:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Sitzverlust im Kreistag des Abgeordneten Hans-Jürgen Schnellrieder, Fintel, wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abgeordnete **Sabine Holsten** nimmt an der Sitzung teil.

Abg. Lüttjohann nimmt ab 9.10 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0645

Landrat Prietz erklärt, Frau Sabine Holsten sei für den ausgeschiedenen Abgeordneten Hans-Jürgen Schnellrieder in den Kreistag nachgerückt. Frau Holsten sei schriftlich auf ihre Verpflichtungen aus den §§ 40 bis 42 NKomVG hingewiesen worden und habe diese zur Kenntnis genommen.

Der **Landrat** verpflichtet die Abg. Sabine Holsten ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen. Die Verpflichtung wird mit Handschlag bekräftigt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Besetzung von Ausschüssen und Gremien**
Vorlage: 2021-26/0620

Kreistagsvorsitzende Tomforde erläutert kurz die im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Abgeordneten Schnellrieder aus dem Kreistag von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Die Linke mitgeteilten Veränderungen in der personellen Besetzung der Ausschüsse und Gremien.

Beschluss:

Die personelle Besetzung der Ausschüsse und Gremien wird wie folgt neu festgestellt:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation
Mitglieder: Abg. Marco Körner und Abg. Stefan Klingbeil
(anstelle der Abg. Susanne Mrugalla und Hans-Jürgen Schnellrieder)

Ausschuss für Feuerschutz und Rettungsdienst
Mitglied: Abg. Sabine Holsten (anstelle des Abg. Stefan Klingbeil)

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit
Mitglied: Abg. Susanne Mrugalla (anstelle des Abg. Stefan Klingbeil)

Ausschuss für Sport und Kultur
Mitglied: Abg. Sabine Holsten (anstelle des Abg. Hartmut Wallin)

Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
Mitglied: Abg. Hartmut Wallin (anstelle des Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder)

Schulausschuss
Mitglied: Abg. Susanne Mrugalla (anstelle des Abg. Stefan Klingbeil)

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Rotenburg Osterholz
Mitglied: Abg. Marco Körner (anstelle des Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

2. Umbesetzungen im Schulausschuss

Beschluss:

Die personelle Besetzung des Schulausschusses wird wie folgt neu festgestellt:

a) Elternvertreter/Innen der berufsbildenden Schulen:

Ersatzmitglied:
Simone Fellner, Böttersen

b) Arbeitnehmervertreter/innen:

Mitglied:
Günter Justen-Stahl, Bremervörde

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FPD/WFB(BLZG)/FW-Gruppe vom 11.12.2023; hier: Täterberatungseinrichtung für Häusliche Gewalt im Landkreis Rotenburg
Vorlage: 2021-26/0626**

Abg. M. Holsten führt aus, Gewalt in der Partnerschaft sei ein erschreckendes Phänomen und leider verbunden mit hohen Fallzahlen. Es würden Grenzen überschritten und Gewalt in physischer, psychischer oder sexualisierter Form ausgeübt. Oftmals würden Kinder und Jugendliche betroffener Eltern unfreiwillig Zeugen von Gewalt. Sie würden in einen Kreislauf der Gewalt geraten und seien dem hilflos ausgeliefert. Die bestehende Angst in der Familie würden die Kinder häufig auf sich beziehen. Es gelte, den Gewaltkreislauf zu durchbrechen und dabei dürfe der Kreistag nicht wegschauen. Dazu solle es zukünftig einen aktiven Täterschutz durch die Einrichtung geben. Die Täter sollen lernen, Gewalt zu unterlassen und in Problemlagen gelassener zu reagieren. Eine fachkundige Unterstützung solle dazu beitragen, die Gewalt schnellstmöglich zu beenden.

Im Jugendhilfeausschuss sei der Antrag einstimmig empfohlen worden. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Abg. Brandt bezeichnet dies als einen guten Antrag, der ihre volle Zustimmung bekomme. Sie gehe davon aus, dass der Bedarf für eine solche Einrichtung bestünde. Frau Colshorn habe im Jugendhilfeausschuss noch erklärt, dass der Bedarf erst noch genau ermittelt werden müsse. Dem Antrag werde von ihrer Fraktion uneingeschränkt zugestimmt. Die Zahl der Fälle von Kindeswohlgefährdung würde zunehmen. Wenn die Täter Reue zeigen würden, dann sollten sie eine Stelle finden, um entsprechende Beratung zu erhalten. Es sei wichtig, dass damit der Gewaltkreislauf unterbrochen werden könne.

Abg. Dembowski führt aus, der vorliegende Antrag sei richtig, gut und überfällig. Der Bedarf für eine solche Einrichtung sei gegeben. Sie verweist auf eine Grafik des Vereins „*Männerbüro Hannover*“, in der die Ansprechpartner für Täterarbeit in Niedersachsen abrufbar seien. Hier von würde es elf in ganz Niedersachsen geben, in unserer Region allerdings keine einzige. Deshalb sei dies ein wichtiger Antrag. Die Beratungsstellen seien oftmals schlecht zu erreichen und deshalb solle das Beratungsangebot flächendeckend ausgeweitet werden, damit alle Betroffenen Gelegenheit zur Teilnahme hätten. Die Beratungen seien sehr intensiv und zeitaufwändig, die Mitarbeiter hätten oftmals einen großen Zuständigkeitsbereich und weite Anfahrtswege. Im Landkreis würden mit den bereits vorhandenen Beratungsstellen grundsätzlich gute Voraussetzungen bestehen. Die Zusammenarbeit mit den Opferschutznetzwerken, auch kreisübergreifend, sei wichtig. Sie würde sich eine Förderung von Bund und/oder Land für eine solche Beratungseinrichtung wünschen. Auch Täter würden Hilfe benötigen. Man könne sich in diesem Bereich keine weißen Flecken mehr leisten.

Kreistagsvorsitzende Tomforde trägt den Beschlussvorschlag aus dem Antrag vor.

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob im Landkreis ein Bedarf für eine Täterberatungsstelle besteht und wie bei bestehendem Bedarf für den Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Täterberatung mit dem Schwerpunkt „Häusliche Gewalt“ angeboten werden kann

sowie

2. zu prüfen, ob bei festgestelltem Bedarf eine Täterberatungsstelle in Kooperation mit Nachbarkreisen erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen**
Vorlage: 2021-26/0630

Landrat Prietz weist auf einen Schreibfehler in der Vorlage hin. Der richtige Name des Spenders zu Buchst. c) lautet Joachim Thölken.

Beschluss:

Die Annahme der Zuwendungen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Migration/Integration im Landkreis Rotenburg (Wümme); Strategische Schwerpunktsetzung des Integrationskonzeptes**
Vorlage: 2021-26/0623

Abg. Heinrich führt aus, der Kreisausschuss habe das Integrationskonzept des Landkreises mit vier Handlungsfeldern beschlossen. Strategischer Schwerpunkt der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe solle weiterhin das Handlungsfeld Sprache und Bildung sein. Die Sprache sei wichtig für eine gelungene Integration. Alles was der Landkreis in diesem Bereich anbieten würde, sei vorbildlich. Dies seien freiwillige Leistungen des Landkreises. Diese Leistungen seien unter anderem notwendig, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seinen Verpflichtungen in diesem Bereich nicht nachkommen würde. Es müsse in Berlin mal ordentlich nachgearbeitet werden. Eine gute Integration könne nur mit Sprachförderung gelingen.

Abg. Ofori-Thomas erklärt, der Landkreis würde in diesem Bereich viel Geld in die Hand nehmen und das sei auch gut so. Er spricht den mit der Aufgabe betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Wenn man die Menschen verstehen möchte, müsse man ihre Sprache können. Es sei wichtig das zu lernen, um hier wohnen und arbeiten zu können.

Beschluss:

Der strategische Schwerpunkt der Arbeit der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe wird weiterhin im Handlungsfeld Sprache und Bildung festgelegt und dieses im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen weiterentwickelt.

Die vom Kreistag für das Jahr 2024 für Sprachkurse zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1 Mio. € sollen zur Umsetzung des gesamten Handlungsfeldes eingesetzt werden.

Über die Entwicklung und den Fortgang wird im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit regelmäßig berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Verordnung über das Naturschutzgebiet „Elmer Berg und Ostewiesen“**
Vorlage: 2021-26/0632

Kreistagsvorsitzende Tomforde schlägt eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 15 vor. Die Abstimmung solle anschließend getrennt erfolgen.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

Abg. Lindenberg führt zum Naturschutzgebiet Elmer Berg und Ostewiesen aus, an den mehreren, verschiedenen Karten zu diesem NSG im Kreistagsinformationssystem könne man sehen, dass hier eine Entwicklung stattgefunden habe. Der Umgang mit den Betroffenen bei der Ausweisung eines Schutzgebietes verlange Fingerspitzengefühl. Hierfür lobt er Herrn Kundler und dessen Mitarbeiter/innen. Es habe zwei Punkte gegeben, die einer Klärung bedurften. Zum einen der Hochwasserschutz für die Kläranlage Bremervörde und zum anderen sei ein landwirtschaftlicher Betrieb durch die Unterschutzstellung in seiner Existenz gefährdet, weil rund 40 % seiner Weiden vom Schutzgebiet betroffen seien. Diese Einwendung werde auch von der Landwirtschaftskammer unterstützt. Er beantragt, den beiden Einwendungen stattzugeben, wie dies vom Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Planung und vom Kreis Ausschuss empfohlen worden sei.

Abg. Kullik bezeichnet dies als keinen guten Tag für den Naturschutz. Beim NSG Elmer Berg würden nach seiner Ansicht leider einzelne betriebliche Interessen eine größere Rolle spielen als der Naturschutz. Ein öffentliches Interesse würde es beim Klärwerk geben. Allerdings würde nur durch die veränderte Grenzziehung des NSG noch nicht begründet werden, wie damit das Klärwerk vor Hochwasser geschützt werden solle. Es würden Flächen aus dem NSG gestrichen, die ohnehin geschützt seien. Vielleicht sei die NSG-Verordnung angreifbar, weil eine erneute Auslegung der Unterlagen hätte erfolgen müssen.

Zum Landschaftsschutzgebiet Granstedter Wald führt er aus, dort sei eine Unterschutzstellung der Flächen erforderlich. Im Umweltausschuss seien Fotos von den dortigen Verwüstungen wie z. B. Müllablagerungen, Ablagerung von Gartenabfällen, Heranackerung an den Waldrand und Sandentnahme aus einer Binnendüne usw. gezeigt worden. Heute solle eine neue LSG-Verordnung beschlossen und die bisherige Verordnung von 1962 aufgehoben werden. Mit der neuen Verordnung würde das LSG flächenmäßig verkleinert. Gegen die Vorgaben in der Verordnung von 1962 sei über die Jahre ständig verstoßen worden, so dass die betroffenen Flächen jetzt nicht mehr schutzwürdig seien. Damit würde die intensive Bewirtschaftung der Flächen nachträglich noch belohnt.

Insgesamt würde der Kreistag heute eine Aufhebungssorgie an Landschaftsschutzgebieten beschließen. In Zukunft müssten die Überwachungsmöglichkeiten durch die Unterschutzstellung besser genutzt werden. Seine Fraktion werde aber nicht dagegen stimmen. Die zum einen aus Respekt vor dem Naturschutzamt des Landkreises und zum anderen weil erkennbar sei, dass die Mehrheitsgruppe im Kreistag in diesen Angelegenheiten gesprächsbereit sei.

Abg. Mrugalla weist darauf hin, dass das Renaturierungsgesetz kommen werde und der Landkreis stattdessen damit beginnen würde, Landschaftsschutzgebiete aufzuheben. Im Bereich Bremervörde gebe es besondere Umstände. Es gebe keine schlüssige Begründung für die Aufhebung des LSG Ostetal. Dies wäre nach ihrer Ansicht kontraproduktiv. Wenn das Gebiet bisher schutzbedürftig gewesen sei, dann wäre das jetzt auch noch der Fall z. B. wegen

des Hochwasserschutzes. Die Gesamtfläche der Schutzgebiete im Landkreis werde ohne zwingenden Grund verringert. Sie werde nicht zustimmen.

Landrat Prietz weist darauf hin, dass alle vier Beschlussvorlagen im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Planung beraten worden seien und an dieser Stelle hätten die Sachdiskussion geführt werden sollen. Er habe vor dem Umweltausschuss das Signal bekommen, dass die Mehrheitsgruppe und die SPD-Fraktion eine Einigung erreicht hätten, weshalb er sich über die kritischen Beiträge wundere. Der Kreistag solle nun über die einstimmigen Beschlussempfehlungen aus dem Kreisausschuss abstimmen.

Abg. Wölbern meint, im Kreisausschuss sei nicht alles einstimmig empfohlen worden, sondern auch mit Enthaltungen.

Kreistagsvorsitzende Tomforde lässt zunächst über die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zum TOP 12 „Verordnung über das Naturschutzgebiet Elmer Berg und Ostwiesen“ abstimmen.

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Verordnung über das Naturschutzgebiet "Elmer Berg und Ostwiesen" werden in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	10

Punkt 13 der Tagesordnung: **Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Granstedter Wald“
Vorlage: 2021-26/0631**

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Granstedter Wald" werden in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	21

Punkt 14 der Tagesordnung: **Aufhebung der Landschaftsschutzgebiete (LSG) „Ostetal“, „Wümmeniederung von der Amtsbrücke Rotenburg aufwärts bis an die Wümmebrücke vor dem Dorfe Wümme“, Wümmeniederung unterhalb der Stadt Rotenburg (Wümme)“, „Hastedter Schnuckenheide“, „Vareler Wacholdergebiet“ und „Untere Rodau- und Wiedauniederung“
Vorlage: 2021-26/0635**

Beschluss:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Aufhebung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ostetal“ (LSG-ROW 121) werden beschlossen.
2. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Aufhebung der Verordnungen über die Landschaftsschutzgebiete „Wümmeniederung unterhalb der Stadt Rotenburg (Wümme)“ (LSG-ROW 001), „Wümmeniederung von der Amtsbrücke Rotenburg aufwärts bis an die Wümmebrücke vor dem Dorfe Wümme“ (LSG-ROW 014), „Hastedter Schnuckenheide“ (LSG-ROW 006), „Vareler Wacholdergebiet“ (LSG-ROW 017) und „Untere Rodau- und Wiedauniederung“ (LSG-ROW 020) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	9

Punkt 15 der Tagesordnung: **Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Untere Bade und Geest“**
Vorlage: 2021-26/0633

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die 3. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Untere Bade und Geest“ (LSG-ROW 124) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	7

Punkt 16 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Burfeind stellt Fragen zur Einführung von Bezahlkarten für Migranten:

1. Wie ist der Zeitplan für die Umsetzung beim Landkreis?
2. Gibt es Zusammenschlüsse von Landkreisen für ein einheitliches Verfahren?
3. Was ändert sich durch die Umstellung?
4. Gilt die Neuregelung für alle Migranten oder nur für neue Leistungsfälle?
5. Wird zukünftig bei dem Verfahren zwischen dezentral und zentral untergebrachten Migranten unterschieden?

Landrat Prietz antwortet, die Einführung der Bezahlkarte sei ein wichtiger Schritt, um Deutschland unattraktiver für ungesteuerte Zuwanderung zu machen. Bei der Einführung der Bezahlkarten würden 14 der 16 Bundesländer zusammenarbeiten (u. a. auch Niedersachsen).

Bei der Einführung der Bezahlkarten werde der Landkreis in Abstimmung mit den niedersächsischen Landkreisen vorgehen. Die Vergabeverfahren der Bundesländer sollen im Sommer 2024 abgeschlossen sein, so dass die Neuregelung voraussichtlich im Herbst eingeführt werden könne. Er begrüße die Einführung der Bezahlkarten. Die Bundesregierung wolle eine rechtliche Gleichwertigkeit zwischen Bezahlkarte und Geldleistungen einführen. Die Zahlungsmodalitäten mit der Karte würden vorsehen, dass damit keine Auslandsüberweisungen und Barauszahlungen nur bis zu einem bestimmten Betrag möglich seien. Es sei wichtig, dass alle Landkreise bei der Einführung gemeinsam vorgehen würden. Er hoffe, dass der Zeitplan eingehalten werden könne.

Abg. Scheidl fragt nach dem Sachstand zum Neubau der Wörpebrücke. Diese sei eine wichtige Verkehrsverbindung vor Ort, die aber auch überörtlich von Bedeutung sei.

Herr Dr. Lühring antwortet, die Baumaßnahme liege im Zeit- und Kostenplan. Die Pfahlgründung für den Brückenneubau sei erfolgt und die Pfeiler befänden sich in der Trocknungsphase. Der Zeitplan sehe vor, dass das Bauwerk im Oktober 2024 fertiggestellt sei.

Punkt 17 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzende Tomforde schließt den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Abg. Wolf verlässt die Sitzung um 10.15 Uhr.

gez. Tomforde
Kreistagsvorsitzende

gez. Prietz
Landrat

gez. Twiefel
Protokollführer